

Das Schuldensystem, das den Westen verschlang

20. August 2026 | Michael Hudson und Glenn Diesen

Glenn Diesen: Herzlich willkommen zurück, liebe Zuschauer. Heute ist Professor Michael Hudson bei uns zu Gast, und ich möchte jedem empfehlen, seine Arbeiten sowie seine eigene Website zu verfolgen – einen Link dazu habe ich in der Beschreibung hinterlassen. Es ist also toll, Sie wiederzusehen.

Michael Hudson: Es ist schön, wieder hier zu sein.

Glenn Diesen: Sie haben offensichtlich viele wichtige Bücher geschrieben, insbesondere zur politischen Ökonomie. Und in Büchern wie „The Collapse of Antiquity“ befassen Sie sich auch mit der Geschichte des Finanzwesens.

Heute möchte ich mit Ihnen über einige Aspekte dieser Geschichte sprechen, denn ich halte es für äußerst wichtig, diese Historie zu verstehen, da sich die aktuelle Finanzkrise offenbar zu beschleunigen scheint und das gesamte Finanzsystem offensichtlich nicht nachhaltig ist – es sieht so aus, als würden wir auf eine Klippe zusteuern.

Im Laufe der Geschichte neigten die Menschen stets dazu, anzunehmen, dass der aktuelle Status quo von Dauer sei, obwohl er sich immer wieder als vorübergehend erweist. Daher dachte ich, wenn wir uns mit der Geschichte befassen, können wir sowohl einige der Veränderungen als auch die Kontinuität in diesem System und darüber hinaus die Alternativen besser verstehen.

Das war also noch einmal mein Hauptgedanke: Wenn wir einen Schritt zurücktreten und diese Geschichte betrachten, können wir besser einschätzen, wo wir heute stehen. Und ich denke, eine sehr allgemeine Frage wäre: Was können wir über das aktuelle System lernen, wenn wir zurückblicken? Oder was sind Ihrer Meinung nach die Konstanten – zum Beispiel die oligarchischen Tendenzen im Finanzsystem? Wie sehen Sie das?

Michael Hudson: Der Großteil meiner Arbeit in den letzten 50 Jahren bestand darin, eine Geschichte der Verschuldung und des Bankwesens zu schreiben.

Bereits Ende der 1970er Jahre war klar, dass die Länder des Globalen Südens in einer Schuldenkrise steckten und dass fast alle westlichen Volkswirtschaften einen sogenannten Konjunkturzyklus durchliefen, der weit mehr war als nur ein Konjunkturzyklus. Jeder Aufschwung fand auf einem immer höheren Schuldenniveau statt. Und es war offensichtlich, dass dies untragbar wurde.

Ich wollte herausfinden, wie das alles begann. Deshalb habe ich 25 Jahre lang eine Forschungsgruppe an der Harvard University geleitet und mich intensiv mit der Wirtschaftsgeschichte Mesopotamiens, Ägyptens und Israels – also des antiken Nahen Ostens, der heute als Westasien bezeichnet wird – beschäftigt, um zu verstehen, was den Westen so grundlegend von allem unterschied, was zuvor existierte.

Und ich denke, die Antwort auf Ihre Frage lässt sich am besten so formulieren: Die heutige Rhetorik – politische und finanzielle Rhetorik – stellt die USA und Europa als Demokratien China und

anderen Ländern gegenüber, die nicht Teil des US-Bündnisses sind und als „Autokratien“ bezeichnet werden. Und was sie unter Autokratie verstehen, ist eine gemischte Wirtschaft, die im 19. Jahrhundert noch als Sozialismus bezeichnet wurde.

Die Schuldenwirtschaft der Oligarchen

Staatliche Investitionen in die Basisinfrastruktur, deren subventionierte Zinssätze, staatliche Kartell- oder Antimonopolgesetze zur Verhinderung von Monopoleinkünften – all dies war Teil der Bestrebungen des industriellen Kapitalismus im 19. Jahrhundert in Europa und den EU, wirtschaftliche Rente zu besteuern, Grundrente als natürliche Steuerbasis zu besteuern, die Entstehung von Monopoleinkünften zu verhindern und letztendlich Geld und Kredit selbst zu einem öffentlichen Versorgungsgut zu machen. All dies war das, was der Finanzkapitalismus tun wollte, um seine eigenen Lebenshaltungskosten, seine Geschäftskosten, die gesamte Kostenstruktur zu senken und effizienter zu werden.

Nun, der Weg zu mehr Effizienz bestand darin, die Privatisierung natürlicher Monopole wie Eisenbahnen und Telekommunikation zu verhindern, wie man sie im Zuge des thatcheristischen Englands beobachtet. Und es stellt sich tatsächlich heraus, dass die US-amerikanische Definition von Autokratie jede Rolle der Regierung umfasst, die rechts von dem steht, was Margaret Thatcher und Ronald Reagan in den 1980er Jahren getan haben.

Also habe ich mir angesehen, was den Westen von dem unterschied, was vorher war. Und es war nicht die Demokratie. Aristoteles verfasste eine Abhandlung über die Staatsformen in der ganzen Welt, die ihm bekannt waren, und stellte fest, dass sich alle Staatsformen als Demokratien bezeichneten, in Wirklichkeit aber Autokratien waren. Und genau das war Teil des Problems.

Und der gesamte Westen war historisch gesehen tatsächlich einzigartig – wie er es auch für sich beansprucht – im Vergleich zu dem, was vorher war: den Gesellschaften der Bronzezeit, bei denen es sich vor allem um asiatische Gesellschaften handelte, von Mesopotamien und Ägypten bis hin nach China. Und das charakteristische Merkmal des gesamten Aufschwungs der wirtschaftlichen Zivilisation in den ersten 3.000 Jahren war das Vorhandensein eines zentralen Herrschers.

Historiker sind sich nicht sicher, wie sie diese Herrscher charakterisieren sollen. In Mesopotamien und Ägypten sprechen sie von „göttlichem Königtum“, im konfuzianisch geprägten China von „Kaisern“.

Und die Rolle der zentralen Autorität – des Königs, des Tempels oder des Kaisers – bestand darin, den Wohlstand des Volkes zu sichern. Und genau darum soll es in der Demokratie eigentlich gehen.

Der Westen glaubt, dass Demokratie über die Wahlurne erreicht wird – indem die Menschen wählen. Wenn man sich jedoch die Verfassungen des frühen Roms und Griechenlands ansieht, so konzentrierten diese die gesamte politische Macht in den Händen der Aristokratie – der Landbesitzer und Gläubiger. Man konnte zwar wählen, aber wen auch immer man wählte, es war die Oligarchie, die immer räuberischer wurde und den Rest der Bevölkerung in die Verschuldung trieb.

Und es war tatsächlich die Schuldendynamik, die letztendlich das Römische Reich zerstörte, das die klassische Antike in sich aufgenommen hatte. Und dieselbe Schuldendynamik tritt auch heute noch auf.

Und doch: was man in den ersten paar tausend Jahren der Zivilisation feststellt – und genau darum geht es in meinem Buch „And Forgive Them Their Debts“, in meinen Harvard-Studien und in den Artikeln, die ich in „Temples of Enterprise“ veröffentlicht habe –, war die Erkenntnis, dass die große destabilisierende Kraft darin bestand, dass die Schulden schneller wuchsen als die Wirtschaft, die sie begleichen konnte.

Und das war die grundlegende politische Leitlinie aller Herrscher. Was sie erkannten – und worum es in der antiken Literatur bis hin zu Aristoteles und Platon ging –, war diese Tendenz der Schulden, schneller zu wachsen als die Zahlungsfähigkeit. Und wenn das geschieht, neigen Schuldner dazu, in Klientel-Abhängigkeit und Knechtschaft oder sogar in Sklaverei und Leibeigenschaft gegenüber den Gläubigern zu geraten.

Und genau das ist im Westen geschehen. Und dieselbe Dynamik der Schuldenpolarisierung findet heute statt.

Platons Staat und Schuldenerlass in Asien

Was die Entwicklung Asiens so anders machte und was die Entwicklung Chinas und seinen Aufschwung so sehr von der heutigen westlichen Finanzpolitik unterscheidet, ist die Tatsache, dass die Entstehung einer Finanzoligarchie verhindert wurde.

Und als ich in den 1950er Jahren an der University of Chicago studierte, war eines der wichtigsten Bücher, die wir lesen mussten, Platons „Der Staat“. Und das gesamte Thema von Platons Staat¹ beginnt damit, dass Sokrates sagt: „Stell dir vor, du hättest dir eine Waffe von einer sehr feindseligen Person ausgeliehen. Und wenn du ihm die Waffe zurückgibst, wird er sie benutzen, um Menschen zu töten und etwas Schlimmes anzurichten. Ist es richtig, dass du ihn bezahlen musst?“

Nun, das war sein Ausgangspunkt für die Frage: „Was wäre, wenn du Schulden bei einer räuberischen Oligarchie hättest und diese das Geld, das du ihr zahlst, dazu nutzen würde, andere Menschen zu verschulden und sie in Abhängigkeit zu bringen?“ Und nach einer langen Diskussion nannte Sokrates die Lösung – was uns als ‚Philosophenkönig‘ übersetzt wurde. [Der gute, wohlwollende König.]

Nun, es ging gar nicht um einen Philosophenkönig. Sokrates sagte vielmehr: „Wie wollt ihr mit dem zentralen wirtschaftlichen Problem unserer Zeit umgehen: der Geldgier? Der Reichtumssucht. Dass Geld und Reichtum eine Art wirtschaftlicher und sozialer Macht sind und dass das süchtig macht. Wie wollen wir das also vermeiden?“

Und Sokrates sagte, die Lösung bestehe darin, einen Herrscher zu haben, der keinen finanziellen Reichtum besitzt, der kein Eigentum hat und daher noch nicht geldsüchtig geworden ist. Nun, das ist natürlich nicht geschehen, wie wir alle wissen. Wie hat die Antike dem Einhalt geboten?

Das gesamte Prinzip aller uns vorliegenden Literatur, von Mesopotamien über Ägypten bis hin zu China, besagte, dass die Rolle eines Herrschers – wie auch immer wir ihn nennen mögen – darin besteht, das wirtschaftliche Gleichgewicht aufrechtzuerhalten und dafür zu sorgen, dass es den Menschen gut geht und sie nicht unglücklich sind. Man will Ausbeutung verhindern. Man will verhindern, dass die Menschen in die Abhängigkeit ihrer Gläubiger geraten und davonlaufen, denn wir

1 Für Eilige: Der Staat to go (Platon in 12 Minuten), eine anschauliche Kurzfassung:
<https://www.youtube.com/watch?v=ncHsY76rcrU>

brauchen die Bevölkerung für unsere Armee, zum Bau unserer Mauern und zum Aufbau unserer gesamten öffentlichen Infrastruktur.

Der gemeinsame Nenner aller westasiatischen Herrscher war also ein Schuldenerlass. Und von Sumer und Babylonien über Hammurabi bis hin zum jüdischen Jubeljahr in Levitikus 25 war der Wortlaut genau derselbe. Dies geschah, wenn es neue Herrscher gab, in regelmäßigen Abständen oder wenn eine Dürre oder eine Überschwemmung den Anbau von Getreide verhinderte.

Wie verhindert man, dass diese Anhäufung von Schulden, die nicht beglichen werden können, die Gesellschaft in die Armut treibt und dazu führt, dass die Gläubiger über den Rest herrschen? Nun, jeder neue Herrscher in Babylonien, Sumer und offenbar eine Zeit lang auch in Ägypten begann seine Herrschaft damit, die persönlichen Agrarschulden zu erlassen. Nicht die geschäftlichen Schulden – diese blieben alle unberührt. Aber die Schulden der Bürger für Zahlungsrückstände, die Getreideschulden, wurden erlassen. Und die Leibeigenen, die den Gläubigern verpfändet worden waren, wurden befreit – nicht die Sklaven, sondern die Bürger und ihre Familien, die ihren Gläubigern als Arbeitskräfte verpfändet worden waren, wurden befreit. Und das Land, das die Landwirte unter Notlagen zusammen mit ihren Ernteansprüchen verpfändet hatten, wurde ihnen zurückgegeben. Das war der Kernpunkt.

Diese Tradition fehlte im Westen von Anfang an gänzlich. Und es gab keine Möglichkeit, eine solche Tradition zu etablieren, ohne einen zentralen Herrscher zu haben – einen göttlichen König, einen Herrscher, einen Pharaos, einen Kaiser –, dessen Aufgabe es war, die Lage zu überwachen und als Regulierer zu fungieren, um zu verhindern, dass die Verschuldung schneller wuchs als die Zahlungsfähigkeit und die Gesellschaft polarisierte.

Genau das geschieht heute in den westlichen Volkswirtschaften. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat sich die Verschuldung stetig erhöht, und genau das ist die Krise, die wir heute erleben.

Die Schulden übersteigen tatsächlich die Rückzahlungsfähigkeit, ohne den Rest der Wirtschaft in die Armut zu treiben. Und es ist, als würde man einen IWF-Sparplan nicht nur den Ländern des Globalen Südens auferlegen – wie es bei den meisten IWF-Kreditnehmern der Fall war –, sondern auch den entwickelten Industrienationen selbst. Das ist das Problem, in dem wir uns befinden.

Und wenn man sich den wirtschaftlichen Aufschwung Chinas ansieht: Was macht China so ausgenommen von all dem? China hat die Geld- und Kreditschöpfung in den Händen der Regierung, der Volksbank von China, belassen. Es gab dort nie eine unabhängige Finanzklasse, die die Rolle spielt, die westliche Banken einnehmen – die Finanzierung von Unternehmensübernahmen, die Vergabe von Krediten für den Kauf von Immobilien, den Kauf von Vermögenswerten anstelle von Investitionen in Fabriken, Maschinen und Sachanlagen.

Die gesamte Rolle, die die Finanzwirtschaft in den westlichen Volkswirtschaften bei der Kreditvergabe spielt, war weitgehend unproduktiv. Sie schafft finanziellen Reichtum durch die Hebelwirkung von Schulden, indem sie Menschen Geld leiht, um Immobilien, Aktien oder Anleihen zu kaufen, deren Preise in die Höhe getrieben werden, indem immer mehr Geld geschaffen wird, um weitere Immobilien sowie weitere Aktien und Anleihen zu höheren Preisen zu kaufen. Und genau deshalb war fast das gesamte Wachstum der US-Wirtschaft seit 2009 finanzieller Natur. Es hat nicht in Form von materiellen Investitionen in die Industrie stattgefunden. Es hat nicht zu einem steigenden Lebensstandard für die Arbeitnehmerschaft insgesamt geführt, geschweige denn für die Mittelschicht.

All dieser finanzielle Reichtum hat sich in den Händen der reichsten 10 Prozent der Bevölkerung konzentriert, insbesondere des reichsten 1 Prozent, wie wir, glaube ich, bereits zuvor besprochen haben.

Und was hat die erfolgreicher Volkswirtschaften seit Beginn der historischen Aufzeichnungen vor 5.000 Jahren ausgemacht? Was Gesellschaften und Volkswirtschaften erfolgreich gemacht hat, ist die Vermeidung dieser finanziellen Polarisierung und die Schaffung von Wohlstand in Form von Forderungen gegenüber Schuldnern, also Gläubigervermögen oder Eigentum, Aktien, Anleihen und Immobilien. Letztere sind eine Forderung gegenüber Mietern, eine Forderung gegenüber Schuldnern. Es handelt sich um wirtschaftliche Rente.

Wohlstandszerstörung durch Schuldenaufbau

Und wenn man sich Adam Smith, John Stuart Mill oder Marx selbst ansieht – die gesamte Doktrin des industriellen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts versuchte, dieses Problem zu lösen, indem sie im Wesentlichen sagte: „Wir wollen sicherstellen, dass das gesamte Geld geschaffen wird, um die Fähigkeit zur Schuldentilgung zu erhöhen und damit Gewinn zu erzielen, wobei die Gewinne in langfristige Forschung, Entwicklung und Sachkapitalbildung, in mehr Fabriken und mehr Einstellungen reinvestiert werden.“ Das war die gesamte Doktrin der klassischen Ökonomie. Und die ganze Welt schien bis zum Ersten Weltkrieg in diese Richtung zu gehen.

Und der Erste Weltkrieg veränderte alles. Der Friedensvertrag, der die deutschen Reparationszahlungen und die Schulden zwischen den Alliierten regelte, war durch und durch kreditfreundlich – ein System, das die Gläubiger begünstigte – und führte letztendlich nicht nur zur Verarmung Deutschlands, sondern auch vieler anderer europäischer Länder. In Großbritannien kam es 1926 zum großen Generalstreik. Frankreich erlebte seine eigene Hyperinflation.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die USA daher so gut wie das Sagen bei der Gestaltung der Nachkriegswirtschaft und ihrer Struktur [Bretton Woods]. Und sie sagten: „Okay, diesmal keine Reparationszahlungen. Keine Schulden zwischen den Alliierten. Aber wir werden wieder Regeln zugunsten der Gläubiger einführen.“

Und es gab eine ganze Debatte zwischen den US-Verhandlungsführern und John Maynard Keynes. Und Keynes sagte: „Wenn ihr nicht wollt, dass die Nachkriegswirtschaft so endet wie die europäische Wirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg, müsst ihr einen Weg finden, die Schulden jener Länder zu tilgen, die durch ihr Handelsdefizit ein ständiges Zahlungsbilanzdefizit aufweisen und immer mehr Geld schulden, um die Auslandsschulden zu begleichen, die sie zur Finanzierung dieser Defizite aufgenommen haben. Ihr müsst die Schulden dieser Länder abschreiben, und ihr braucht eine neue internationale Bank, die die Befugnis hat, die Forderungen von Ländern, die ständig einen Überschuss verzeichnen, wie die USA, abzuschreiben und die Schulden von Ländern, die ein Defizit aufweisen, zu tilgen“, wie es von Großbritannien erwartet wurde. Und Keynes arbeitete für das britische Finanzministerium.

Nun, die Amerikaner lehnten dies ab, und statt Keynes' Bancor oder seiner Bank entstand der Internationale Währungsfonds, der den Schuldnerländern gläubigerorientierte Regeln und Sparmaßnahmen auferlegt.

Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre gab es Länder, die versuchten, den IWF wie die Pest zu meiden, weil sie wussten, dass die Auferlegung eines Sparprogramms es einem nicht wirklich ermöglicht, die Schulden überhaupt abzubezahlen. Es lähmt die Wirtschaft. Es lenkt die Einnahmen weg von neuen Kapitalinvestitionen und Produktionsmitteln sowie von Landwirtschaft, Industrie, Verkehr und Infrastruktur, um Gläubiger zu bezahlen, und ist daher destruktiv. Was früher nur den Ländern des Globalen Südens auferlegt wurde, wird nun den Volkswirtschaften der USA und Europas auferlegt. Und sie werden durch dieselbe Dynamik in die Armut getrieben.

Und so befinden wir uns plötzlich wieder in derselben uralten Dynamik, die sich immer und immer wieder wiederholt, wenn die Schulden schneller wachsen als die Zahlungsfähigkeit und abgeschrieben werden müssen. Und wenn man die Schulden nicht entsprechend der Zahlungsfähigkeit der Bürger, der Erwerbsbevölkerung – und mittlerweile sogar der Unternehmen und des Staates – abschreibt, wird es zu derselben Stagnation kommen, wie man sie in den 1920er Jahren erlebt hat.

Und das Problem, auf das Keynes hingewiesen hat, war nicht nur, dass diese Schuldenlast die Schuldner verarmt, sondern dass das Geld, das an das Gläubigerland – wie die USA – gezahlt wird, lediglich dazu dient, finanziell Profit zu machen. Und es wird genutzt, um einen Börsenboom anzukurbeln. Und das endet in einem Crash, der die Gläubiger ebenso auslöscht.

Es gibt zahlreiche Untersuchungen zu der Frage: „Wie sind diese Nachkriegsvereinbarungen eigentlich entstanden?“ „Ein Beispiel dafür ist der Friedensvertrag nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1871. Damals bestand Deutschland darauf, dass Frankreich wegen der Niederlage im Krieg Reparationen zahlen müsse, und es stellte auf Gold um, woraufhin Deutschland den Goldstandard einführt. Zu dieser Zeit verbreitete sich der Goldstandard tatsächlich von Großbritannien, das ihn bereits früh im 19. Jahrhundert eingeführt hatte, auf andere Länder.

Deutschland führte ihn ein und zwang andere Länder, in Gold zu zahlen. Der deutsche Markt blühte auf und mündete schließlich in eine Eisenbahn- und Börsenblase, die dann von selbst platzte.

Der Aufbau von Schulden zerstört also nicht nur den Wohlstand in den Schuldnerländern, sondern auch in den Gläubigerländern selbst. Das ist die Situation, in der wir uns heute befinden. Die finanzierten Volkswirtschaften der USA und Europas haben diesen Reichtum lediglich dazu genutzt, Kredite zu vergeben, um finanziell noch mehr Geld zu verdienen. Und genau dafür dienten tatsächlich die meisten Bankkredite. Und die einzige Möglichkeit, wie sich die USA finanziell über Wasser halten konnten, bestand im Wesentlichen darin, den Schuldnern das Geld zu leihen, um die Zinsen zu bezahlen.

Das hat im 16. und 17. Jahrhundert nicht funktioniert, und es endet immer in einem Ponzi-Schema (Pyramiden- oder Schneeballsystem). Und das ist im Grunde das Problem, mit dem der gesamte Westen heute konfrontiert ist. Das ist zwar eine etwas lange Antwort auf Ihre Frage, aber es ist der große historische Rahmen, über den wir beide gesprochen haben.

Zunehmende Verschuldung führt zur Deindustrialisierung

Glenn Diesen: Sie sagten, das Schuldensystem nähere sich nun seinem Ende. Welche Mechanismen sind es wohl, die dafür sorgen, dass all dies ein Ende findet? Wie werden die Folgen aussehen, wenn es keinen Schuldenerlass gibt? Wenn es, wie Sie sagten, den Schuldnern schadet, aber im Grunde genommen letztendlich auch die Gläubiger auslöscht?

Michael Hudson: Laut der Federal Reserve verfügen 40 Prozent der amerikanischen Bevölkerung über keinerlei Ersparnisse. Sie leben von Gehaltsscheck zu Gehaltsscheck. Das hat zur Folge, dass sie sich mit ihren Kreditkarten über Wasser halten. Die Kreditkartenzinsen beginnen bei 19 Prozent, und die Strafzinsen sind noch höher und treiben den tatsächlichen Zinssatz auf über 30 Prozent.

Und das bedeutet, dass sich die Verbraucherschulden – die allein dazu dienen, Geld zu leihen, um über die Runden zu kommen, also lediglich zum bloßen Überleben – alle drei Jahre verdoppeln. Das gilt jedoch nicht für das Lohnniveau, und auch die Löhne sind nicht gestiegen.

Die Notwendigkeit, diese Schulden zu bedienen, hat daher dazu geführt, dass der Großteil der Bevölkerung in den USA seine Konsumausgaben einschränken musste. Und die Fed berichtet, dass die Hälfte des Anstiegs der Konsumausgaben ausschließlich auf die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung entfällt, und zwar auf Luxusgüter – Importe italienischer Mode, Autos, Yachten und dergleichen.

Der Binnenmarkt für Lohnempfänger ist jedoch geschrumpft, da sie es sich nicht leisten können, das Einkommen auszugeben, das ihnen nach Abzug ihrer Steuern, ihrer Krankenversicherung und ihrer Schuldenzahlungen an die Kreditkartenunternehmen sowie an die Banken für ihre Hypotheken oder Autokredite verbleibt. Sie haben nicht genug Geld, um die Produkte zu kaufen, die von amerikanischen und ausländischen Unternehmen hergestellt werden.

Das Ergebnis dieser Tendenz, dass die Verschuldung schneller wächst als die Wirtschaft, ist also die Deindustrialisierung, da das Einkommen für den Schuldendienst ausgegeben wird und nicht für den Kauf der Produkte, die in diesem Kreislauf hergestellt werden – einem Kreislauf, der eigentlich den wirtschaftlichen Wohlstand und das Wachstum stärken und stetig steigern soll.

Kirche, Krieg und Bankwesen

Glenn Diesen: Ich wollte Sie auch zu dem Thema befragen, über das Sie geschrieben haben: den Zusammenhang zwischen Krieg und dem modernen Bankwesen, denn das ist ebenfalls ein sehr interessanter und, wie ich sagen würde, relevanter Zusammenhang.

Michael Hudson: Ich habe ein Buch zu diesem Thema geschrieben, das in ein oder zwei Monaten erscheinen wird: die Geschichte der Entwicklung des internationalen Bankwesens von den Kreuzzügen bis zum Ersten Weltkrieg. Und was ich dabei entdeckt habe, ist etwas Einzigartiges.

Es war die Kirche selbst, die römische Kirche, die das internationale Bankwesen ins Leben rief und die internationalen Banken förderte, wodurch sie alle christlichen Lehren gegen die Wucherzinsen auf den Kopf stellte. Und Rom versuchte im Wesentlichen, einen religiösen und politischen Kampf gegen Länder zu führen, die sich seiner Kontrolle widersetzen. Die Kreuzzüge begannen bereits vor den offiziellen Kreuzzügen mit Kämpfen gegen Deutschland und später gegen Frankreich.

Die Kreuzzüge richteten sich gegen andere westliche christliche Länder, die sich der römischen Kontrolle widersetzen. Das Problem für Rom und das Papsttum war, dass sie nicht besonders viel Geld hatten, um Truppen anzuheuern. Sie hatten keine Armee, wie Stalin nach dem Zweiten Weltkrieg über die Päpste witzelte. Was sollten sie tun?

Sie [die römische Kirche] rekrutierten ab dem 11. Jahrhundert normannische Kriegsherren, wie beispielsweise Wilhelm den Eroberer von England – er war ein Kriegsherr. Sie sagten: „Wir werden

dich unterstützen und deine Herrschaft heiligen, wenn du England eroberst, uns feudale Treue schwörst und versprichst, uns Tribut in Form des Peterspfennigs und anderer Abgaben zu zahlen sowie unserer Kirche zu gestatten, in deinem gesamten Reich Bischöfe zu ernennen.“ Die Bischöfe waren für die Finanzierung der Kirche zuständig, und die Kirche war der größte Grundbesitzer und Pachteinnahmenempfänger in ganz Europa. Wilhelm willigte ein und wurde im Wesentlichen zum König gemacht, indem er Großbritannien zu einem Lehen Roms machte.

Nur etwa ein Jahrzehnt zuvor hatte Rom denselben Vertrag – und wir verfügen über Kopien dieses Vertrags, auf die ich in meinem Buch eingehe – mit dem Kriegsherrn geschlossen, der Süditalien und Sizilien erobert hatte. Die römische Kirche sagte: „Wir machen dich zum König von Sizilien. Robert Guiscard, wir werden deinen König unterstützen. Du musst uns Treue schwören. Du wirst unseren Anweisungen gehorchen, und wir werden die Bischöfe ernennen und das Investiturrecht für deine Bischöfe ausüben, die die Kontrolle über die kirchlichen Finanzen in deinem Gebiet haben.“

Und so wurden sie zu Königen. Gegen Ende des 11. Jahrhunderts begannen andere Reiche Europas, sich dem zu widersetzen. Und so gab es zwei Päpste. Und der römische Papst versuchte – im Gegensatz zu einem von Deutschland unterstützten Papst – zu sagen: „Nun, lasst uns Byzanz unterstützen. Das Byzantinische Reich ist durch eine türkische Invasion bedroht. Lasst es uns retten. Lasst uns Jerusalem vor den Muslimen retten.“

Und so gelang es ihnen durch einen großen PR-Erfolg, die Könige aller europäischen Länder zum Kampf zu mobilisieren. Das eigentliche Ziel war die Eroberung von Konstantinopel und des Byzantinischen Reiches. Als sie dort ankamen, plünderten sie zunächst Jerusalem. Dabei brauchten die Christen in Jerusalem keinen Schutz vor den Muslimen, denn diese erlaubten christliche Kirchen und waren keineswegs anti-christlich eingestellt.

Und im 13. Jahrhundert plünderten die Kreuzritter Konstantinopel selbst und versuchten im Grunde, es in die römische Kirche einzugliedern. Die östlichen Bistümer widersetzten sich all dem. Und so kam es zur Spaltung zwischen der römischen Kirche und dem östlich-orthodoxen Christentum, wobei vier der fünf großen Bistümer – Konstantinopel, Antiochia, Jerusalem und Alexandria – sich all dem gewissermaßen widersetzten.

Also sagte die römische Kirche – man nennt sie das kaiserliche Papsttum –: „Nun, wir müssen weiterhin gegen Deutschland und andere Länder kämpfen, die sich unserer Kontrolle widersetzen. Wie sollen wir also an das Geld kommen?“

Die normannischen Kriegsherren hatten zwar eine Armee, aber ihnen fehlte das Geld, um Krieg zu führen. Daher war es der Vatikan, der norditalienische Banker und Banker jenseits der Alpen – die Cahorsiner aus Cahors – unterstützte. Und die päpstlichen Legaten brachten den Königen, wie zum Beispiel König Johns Sohn, Heinrich III. von England, Bankverträge und sagten: „Wir machen Ihren Sohn zum König von Sizilien, denn die Deutschen und die byzantinische Kirche haben die Städte in Sizilien und Süditalien beherrscht. Sind Sie dazu bereit?“

Es gab einen regelrechten Kampf der Barone, die sich bereits 1215 gegen König John gestellt hatten, weil er versucht hatte, ihnen Steuern aufzuerlegen. Die Magna Carta war ein Kampf der Barone gegen die Könige, die Steuern erhoben, um in den Krieg zu ziehen, und diese Steuern wären im Wesentlichen durch Kredite – von Banken – finanziert worden. Der Papst exkommunizierte die

Barone, die die Magna Carta unterstützten, mit der Begründung, sie versuchten, die verzinlichen Schulden zu blockieren, die sie beim König gemacht hatten.

Nun, 50 Jahre später hatte man dieselbe Situation. Die Barone kämpften gegen Heinrich III., der versuchte, Steuern zu erheben, um den Päpsten zu gehorchen. Und wieder exkommunizierte der neue Papst – der damalige Papst – die Anführer des Bürgerkriegs, die sich all dem widersetzen. Und er heiligte im Grunde genommen die Verschuldung, stellte sich gegen die Gegner der Verschuldung und kehrte die gesamte christliche Lehre gegen die Wucherzinsen einfach um, um eine internationale Bankerklasse aus Norditalienern und anderen internationalen Bankern zu schaffen, die den Königen Kredite gewährten, die Rom im religiös-politischen Krieg gegen andere europäische Länder und letztendlich gegen das Byzantinische Reich selbst unterstützte.

Und die Kirche hatte bereits im 11. Jahrhundert begonnen, ein Problem zu lösen, über das die Päpste eine ganze Strategie verfasst hatten. Und die Strategie lautete: Wenn wir das Recht haben, über weltliche Königreiche zu herrschen, müssen wir die Regierungen dieser Königreiche zu einem Arm der römischen Kirche machen. Wie erreichen wir das?

Wir tun dies auf finanzieller Ebene. Wir tun dies, indem wir die Kontrolle über ihre Finanzpolitik übernehmen. Und die Finanzpolitik wird im Wesentlichen in erster Linie von der Kirche bestimmt. Und zweitens tun wir dies, indem wir die Könige dazu verpflichten, die von uns unterstützte Finanzpolitik zu befolgen, um Tributzahlungen von diesen Königreichen zu erhalten, mit denen wir die Armeen der Kriegsherren – vor allem der Normannen – bezahlen, die wir angeheuert haben, um unsere Kriege zu führen.

So kam es in den folgenden Jahrhunderten zur Entwicklung eines internationalen Bankwesens, das sich stark von dem der Antike unterschied. Was dieses internationale Bankwesen von allem unterschied, was es zuvor irgendwo auf der Welt gegeben hatte, war die Tatsache, dass es zuvor – selbst in der klassischen Antike – kein echtes Bankwesen gab.

Zwar gab es eine Finanzoligarchie, doch galt es als unsoziales Verhalten, durch Wucher Geld zu verdienen. Es wurde kein Unterschied zwischen Wucher und Zinsen gemacht. Jede Erhebung von Zinsen wurde als Wucher bezeichnet. Und Geld durch Handelsaktivitäten zu verdienen, wurde als äußerst ausbeuterisch angesehen.

So übertrugen die führenden Adelsfamilien ihre gesamten finanziellen Angelegenheiten an ihre Freigelassenen, Sklaven oder Personen außerhalb ihres eigenen Kreises, also an externe Akteure. Es gab Städte, ganze Ortschaften wie Puteoli, in denen Freigelassene als Banker für die Reichen fungierten. Aber es gab keine Banker-Klasse. Und der Großteil der Kreditvergabe diente entweder dem Handelsverkehr oder einfach der Wucherpraxis, insbesondere gegenüber wohlhabenden Mitgliedern des Adels, die ihren luxuriösen Lebensstil finanzieren wollten, aber auch gegenüber den Armen, die Geld brauchten, um über die Runden zu kommen.

Nun, was während der Kreuzzüge und danach geschah, war in Europa völlig anders. Obwohl viele der Banker-Familien ihr Vermögen durch Handelsfinanzierungen gemacht hatten, verdienten sie es nicht mit Geldverleih. Und als sie begannen, Kredite zu vergeben, waren diese weder an die Armen noch an andere Kaufleute gerichtet. Sie gingen an Könige, um Kriege zur Eroberung anderer Reiche zu führen.

Und nachdem die Kreuzzüge Ende des 13. Jahrhunderts zu Ende gingen, hatte die Kirche nicht mehr wirklich die Kontrolle über all dies, sondern das internationale Bankwesen und die Könige – die weltlichen Könige – erlangten Unabhängigkeit von Rom, insbesondere der französische König Philipp IV. [Er] ernannte den Papst, der das Papsttum von Rom nach Avignon in Frankreich verlegte, nachdem Philipp Papst Bonifatius VIII. gefangen genommen und durch einen anderen ersetzt hatte. Die Könige selbst übernahmen nun die Macht und blieben weiterhin auf diese internationalen Banken angewiesen, die ihnen das Geld für die Kriegsführung liehen, insbesondere zwischen England und Frankreich. Das betraf die meisten Kriege, aber es gab auch andere Königreiche sowie neue Kriegsherren und Könige, die sich alle Geld liehen, um zu kämpfen.

Das Geld wurde also nicht an die Armen verliehen, sondern an die reichsten Schichten der Gesellschaft – an die Könige und an die Kirche. Und später, als einzelne Städte Geld verliehen und die Könige bezahlten, um ihre eigene kommunale Unabhängigkeit zu erlangen – wie Florenz, Genua oder Venedig, die unabhängig waren –, wurden diese lokalen parlamentarischen oder kommunalen Staaten zum Prototyp moderner Regierungen. Der Vorteil von Florenz beispielsweise bestand darin, dass es sich von königlichen Haushalten unterschied.

Die Könige konnten es sich nicht leisten und hatten echte Schwierigkeiten, ihre Auslandsschulden bei diesen Bankiers zu begleichen, da sie lediglich über ihre eigenen königlichen Ländereien verfügten und daran gehindert waren, die Wirtschaft als Ganzes zu besteuern, weil ihr Adel – die Barone – dem nicht zustimmen wollte. Also gerieten sie immer wieder in Zahlungsverzug. In England verpfändeten sie immer wieder die königlichen Juwelen und verloren sie schließlich.

Nun, in Florenz und anderen Stadtstaaten – insbesondere in den Städten, aus denen später die Niederländische Republik hervorging – hatten diese Kommunen die Möglichkeit, die gesamte Bevölkerung zu besteuern und im Wesentlichen als Inkassobeauftragte für die Bankiers zu fungieren, indem sie sagten: „Wenn ihr den Königen von Frankreich, Spanien oder Österreich Geld leiht, werden diese immer wieder in Zahlungsverzug geraten, weil sie das Geld zur Rückzahlung nicht aufbringen können. Aber wir können den Reichtum all unserer Bürger als Sicherheit verpfänden und jeden besteuern. Und wir werden die Rückzahlung unserer Auslandsschulden übernehmen, die wir aufnehmen müssen, um Krieg zu führen und uns gegen die autokratischen katholischen Könige zu verteidigen. Wir werden als Inkassobeauftragte für euch fungieren.“

Und Historiker bezeichnen dies als die Geburt des Fiskalstaates – eines Staates, der vor allem durch seine Finanzpolitik regiert wird, die wiederum von der Bankiersklasse selbst dominiert wird. Und so kam es, dass die Banken – die internationalen Bankiers – im Wesentlichen diese supranationale, europaweite Kontrolle über die Regierungen übernahmen, die die römische Kirche im 11., 12. und 13. Jahrhundert etabliert hatte. All dies wurde in den Händen der Bankiers und der Fiskalstaaten säkularisiert, die in der Lage waren, Schulden in weitaus größerem Umfang anzuhäufen, als es königliche Autokratien jemals konnten.

Gemeinwohlökonomie statt Finanzkapitalismus

Glenn Diesen: Nun, ich habe wohl noch eine letzte Frage. Welche Lehren lassen sich daraus ziehen? Denn wir können ja irgendwie erkennen, wohin die Reise jetzt geht. Wie würden Sie vor dem Hintergrund dieser Vergangenheit im Wesentlichen strukturelle Veränderungen empfehlen? Denn offensichtlich wird der Status quo nicht mehr lange Bestand haben.

Michael Hudson: Nun, wir haben heute eine Situation, in der die Finanzklasse so gut wie die Kontrolle über die Politik und die Gesetzgebung hat, insbesondere in den USA, seit das Urteil des Obersten Gerichtshofs in der Sache „Citizens United“ besagt, dass Unternehmen politische Aktionskomitees (PACs) unterhalten dürfen – also die Wahlkampagnen von Politikern finanzieren können, die bei den Vorwahlen und den allgemeinen Wahlen kandidieren und sich verpflichten, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Geldgeber zu vertreten.

Und so haben Sie den politischen Wahlprozess in den USA im Grunde genommen privatisiert und ihn den Reichsten – der Milliardärsklasse – überlassen. Nicht nur die Gläubiger, sondern nun auch das Silicon Valley, die Ölindustrie und all die Interessengruppen – die Monopole, die Finanzinteressen, genau jene Interessen, die der industrielle Kapitalismus im 19. Jahrhundert zu beseitigen versuchte, um die Produktionskosten für Waren und Dienstleistungen zu senken und die Industrialisierung sowie die Entwicklung einer wettbewerbsfähigeren Wirtschaft voranzutreiben. All das wurde durch genau jene Klassen ersetzt, die der industrielle Kapitalismus eigentlich abschaffen wollte.

Der industrielle Kapitalismus war revolutionär. Er wollte die Volkswirtschaften von der Grundbesitzerklasse befreien, die er aus feudalen Zeiten geerbt hatte, sowie von den Monopolen, die von internationalen Bankern geschaffen worden waren, um Königen dabei zu helfen, Gelder zu beschaffen, die nicht vom Parlament kontrolliert werden konnten, um ihre Kriegsschulden zu begleichen. Der industrielle Kapitalismus wollte im Wesentlichen das Bankwesen industrialisieren und es in den Dienst der industriellen Kapitalbildung stellen, wie es in Deutschland und Mitteleuropa im späten 19. Jahrhundert geschah – im Gegensatz zu England, wo das Bankwesen viel kurzfristiger und merkantiler ausgerichtet war, anstatt Teil einer nationalen Entwicklungsstrategie zu sein.

Nun, was wir heute erleben, ist im Wesentlichen eine Finanzoligarchie, die die Kontrolle über die Politik übernimmt. Und genau wie Sokrates warnte [und] wie Aristoteles die Geldgier beschrieb, liegt ihr Interesse darin, Gesetze zu erlassen, die ihrem eigenen Streben nach noch mehr finanziellem Reichtum dienen, anstatt zu versuchen, die Produktion der Gesellschaft weiterzuentwickeln und gleichzeitig den Lebensstandard der Arbeitskräfte zu erhöhen sowie die Investitionen in Sachkapital zu steigern.

Der Westen, angeführt von den USA, durchläuft eine Deindustrialisierung. China hingegen durchläuft keine Deindustrialisierung. Und der Grund für diese Deindustrialisierung ist die Finanzialisierung. Anstelle eines industriellen Kapitalismus, wie ihn alle klassischen Ökonomen im 19. Jahrhundert erwartet hatten, haben wir einen Finanzkapitalismus, der Wohlstand auf finanzieller Ebene schafft, nicht auf industrieller.

Tatsächlich führt die Anhäufung von finanziellem Reichtum durch die Verschuldung der Gesamtwirtschaft dazu, dass diese verarmt, polarisiert und deindustrialisiert wird und somit im Vergleich zu Ländern oder Volkswirtschaften wie China an Wettbewerbsfähigkeit verliert, die im Grunde denselben klassischen wirtschaftswissenschaftlichen Prinzipien folgen, die im 19. Jahrhundert – von Adam Smith, John Stuart Mill, Marx und die amerikanischen Ökonomen – entwickelt hatten, um zu verhindern, dass eine Finanzoligarchie Gesetze in ihrem eigenen Interesse auf Kosten der Industrie und der Landwirtschaft insgesamt erlässt.

Das ist also das große Ganze. Und die Bücher, die ich über die Antike, das Feudalzeitalter und den Übergang zu modernen Finanzstaaten geschrieben habe, erklären all dies, und es sind immer dieselben Grundprinzipien, die dabei zum Vorschein kommen.

Man braucht eine zentrale Behörde, die das Finanzsystem überwacht und sicherstellt, dass Geld und Kredite geschaffen werden, um konkrete Kapitalinvestitionen in die Produktionsmittel zu finanzieren, öffentliche Infrastruktur bereitzustellen und die Grundbedürfnisse der Erwerbsbevölkerung zu decken. Und indem man Gesundheitsversorgung, Bildung und alle möglichen anderen Grundbedürfnisse – subventionierte Verkehrsmittel, subventionierte Kommunikation – erschwinglich macht, senkt man die Kosten für Arbeitgeber, Arbeitskräfte einzustellen, um Gewinne zu erzielen, denn die Arbeitskosten werden nicht einfach aus den Löhnen der Arbeitnehmer bezahlt, sondern durch die öffentlichen Subventionen für all dies, die die industrielle Arbeitgeberschicht nicht tragen muss. Das war die Strategie des industriellen Kapitalismus, und genau darum ging es in der klassischen Wirtschaftswissenschaft.

Und das ist der Hauptgrund, warum die Geschichte des ökonomischen Denkens in den Lehrplänen der Hochschulen in den USA nicht mehr behandelt wird, denn dieses Denken ist das Gegenteil von Margaret Thatcher, Ronald Reagan, Milton Friedman und der gesamten Chicagoer Schule, die sich für eine staatsfeindliche, rentenorientierte Wirtschaft einsetzt.

Und ich denke, wenn man diese umfassende Perspektive einnimmt, erkennt man, dass das, was heute geschieht, wie ich bereits sagte, im Laufe der Geschichte immer wieder vorgekommen ist und dass die Dynamik immer dieselbe ist:

Wie wird die Gesellschaft mit ihrer Schuldenlast umgehen, ohne dass die Banken einfach Geld schaffen, um es an Schuldner zu verleihen, damit diese ihre Zinsen zahlen können – was wiederum noch mehr Schulden verursacht, die noch mehr Zinsen einbringen, was wiederum noch mehr Kredite an sie erfordert, um zahlungsfähig zu bleiben, und die Wirtschaft in ein riesiges Ponzi-Schema verwandelt?

Glenn Diesen: Ja, man sollte Demokratie nicht nur als das Aufstellen von Wahlurnen betrachten, sondern vielmehr darin, diesen Machttransfer an die Oligarchie zu verhindern. Aber ja, ich möchte mich immer wieder bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie sich die Zeit nehmen. Haben Sie noch weitere Gedanken dazu?

Michael Hudson: Nun, wir könnten noch eine Stunde weitermachen. Klar. Ich könnte auf all das noch viel ausführlicher eingehen. Ich meine, wie sieht die Zukunft des Dollars aus? Darüber haben wir beide schon gesprochen.

Die Regierungen selbst sind in diesem neuen System Schuldner. Früher gab es im Grunde keine Staatsverschuldung. Das ist tatsächlich das erste Mal, dass Regierungen Schulden gemacht haben. Die Wirtschaftssysteme nach den Kreuzzügen – der Aufschwung des internationalen Bankwesens hat dazu geführt, dass Regierungen nicht nur bei ihren eigenen Gläubigern, sondern auch bei internationalen Bankern Schulden haben. Und derzeit müssen die Schulden beglichen werden, obwohl die USA im IWF gläubigerfreundliche Regeln unterstützen – und zwar zum Nachteil ihrer eigenen Arbeitnehmer und Industrie.

Die Regierung sagt: „Na ja, wisst ihr, wir können unmöglich alle unsere US-Staatsanleihen und sonstigen von uns ausgegebenen Schulden zurückzahlen. Warum nutzt ihr diese staatlichen Schuldscheine nicht einfach als euer Geld? Und dieses Geld soll ja nicht wirklich gegen Gold eingelöst werden. Dahinter steckt eigentlich nichts, denn wir geben unsere Zahlungsbilanzdefizite einfach für Kriegsausgaben und für Auslandsinvestitionen aus. Wir pumpen das Geld einfach in die Wirtschaft, und ,es ist unser Dollar, aber euer Problem“, wie der ehemalige Gouverneur von Texas und damalige Finanzminister John Connally es formulierte, unmittelbar nachdem die USA die Umtauschbarkeit des Dollars in Gold eingestellt hatten.

Andere Länder erkennen dies, und so erfolgte fast der gesamte Zuwachs an Währungsreserven in Form von Gold, Fremdwährungen und sogar Kryptowährungen statt in Form von Schuldverschreibungen der US-Regierung. Und die EU hält mittlerweile einen größeren Teil ihrer Währungsreserven in Gold als in US-Dollar.

Wie werden die USA auf all das reagieren? Und hier kommen wir zu der politischen Dimension, über die Sie und ich gesprochen haben. Trump versucht, der europäischen Wirtschaft und anderen Volkswirtschaften durch seine Steuerpolitik einen Tribut aufzuerlegen, der besagt: „Ihr müsst für den Zugang zum amerikanischen Markt bezahlen. Ihr müsst hohe Zölle zahlen. Ihr müsst uns alle möglichen Zugeständnisse machen.“

Trump erklärte, er wolle, dass Europa alle militärischen Kosten für diesen Aufwand übernimmt, den in der Vergangenheit Amerika getragen hat. Und die europäische Finanzpolitik hat sich in Bezug auf die Steuerpolitik mittlerweile im Grunde zu einem Zweig der NATO entwickelt. Das Gleiche gilt für den Nahen Osten. Trump hat gesagt: „Ich will, dass die OPEC-Länder alle Kosten für unseren Krieg dort übernehmen.“

Und genau darum geht es. Deshalb ist es zu einem Zusammenbruch des Ölhandels gekommen, der wahrscheinlich bis Ende dieses Jahres zu einer internationalen Depression führen wird.

Wenn Trump sagt: „Wir können nicht zulassen, dass der Iran die Kontrolle über den Handel in der Straße von Hormus übernimmt und Zölle, Gebühren oder Durchfahrtsgebühren erhebt. Ich, Donald Trump, will 20 Prozent des Ölhandels der OPEC als Zahlung für den Krieg einbehalten, den wir führen, um ihn zu verteidigen.“

Nun sagen die Länder am Persischen Golf: „Moment mal, ihr verteidigt uns doch gar nicht, denn wenn ihr den Iran über uns angreift, wird der Iran unsere Ölförderung angreifen und uns lahmlegen. Eure Militärstützpunkte hier, für die ihr bezahlt, und der Krieg, den ihr finanziert, schützen uns nicht. Sie haben bereits einen Großteil unserer Ölförderung zerstört. Sie haben unseren Ölhandel zum Erliegen gebracht.“

Das ist die Pattsituation, die man derzeit zwischen den USA und den Ländern am Persischen Golf beobachtet. Und die Position des Iran lautet: Nun, wenn die USA unsere Ölexporte blockieren, wird kein Öl mehr aus dem Persischen Golf exportiert werden. Und der Iran sagt: „Es liegt jetzt an den anderen Ländern. Es liegt an Europa und Asien, die dieses Öl verbrauchen und das gesamte Öl für ihre eigenen Volkswirtschaften benötigen. Was werden sie tun, um Trumps Ölkrieg gegen uns zu stoppen?“

Das prägt derzeit die gesamte Problematik. Und vieles davon wird im Zusammenhang mit den Auslandsschulden der USA betrachtet. Werden andere Länder ihre Schulden weiterhin in Form von US-Staatsanleihen und Schuldscheinen halten, die zur Finanzierung dieses Krieges dienen, der letztendlich den Ölhandel zum Erliegen gebracht hat und Europa und Asien in eine wirtschaftliche Depression zu stürzen droht, da 25 Prozent des weltweiten Ölhandels sowie des Handels mit Düngemitteln, Helium und damit verbundenen Gütern eingestellt wurden?

Das ist die Krise, mit der wir heute konfrontiert sind. Und es handelt sich um eine andere Art von Krise, eine Schuldenkrise, wie wir sie schon einmal erlebt haben. Aber das ist im Grunde genommen der Kontext.

Glenn Diesen: Nun, wie immer vielen Dank. Es ist immer sehr lehrreich. Und ich möchte den Zuschauern erneut empfehlen, sich Ihre Website anzusehen und Ihre Arbeit zu verfolgen – sowohl Ihre schriftlichen Beiträge als auch die Videos, die Sie dort veröffentlichen und die ausgezeichnet sind. Und nochmals vielen Dank.

Michael Hudson: Es ist schön, hier zu sein. Ich weiß, dass das, was ich gesagt habe, sehr akademisch ist, aber nur so lässt sich eine historische Perspektive auf all das vermitteln – und genau darum haben Sie mich heute gebeten.